

Roberta Rice

Die Evolution indigener Politik in Bolivien

Die neoliberalen ökonomischen Reformen, die in Lateinamerika eingeführt wurden, haben die politische Landschaft dort fundamental verändert. Das weitgehende Verschwinden eines auf Klassenstrukturen basierenden, kollektiven Handelns und die Krise der traditionellen Linken in Lateinamerika haben im Raum der öffentlichen Repräsentation eine Leerstelle hinterlassen. Es wurde argumentiert, dass eine heterogene und informelle Arbeitskraft die organisierte Arbeiterbewegung geschwächt und die Fähigkeit zur kollektiven Interessenvertretung reduziert habe (vgl. Bano 1993; Murillo 2001; Oxhorn/Ducazenzeiler 1999; Roberts 1996). Allerdings deutet sich in der neuerdings erfolgten Politisierung ethnischer Spaltungen die Möglichkeit von neuen Formen kollektiven Handelns an, die entlang politischer und ökonomischer Exklusion organisiert sind. Insbesondere die indigene Bewegung Boliviens zeigte außerordentliche Fähigkeiten zur Mobilisierung und Organisation. Sie vereinigte im Kampf gegen den Neoliberalismus unterschiedliche Sektoren der Zivilgesellschaft und brachte ihre eigene politische Partei hervor. Bolivien ist auch das erste Land in Lateinamerika, in welchem der Führer einer indigenen Bewegung zum Präsidenten gewählt wurde.

In diesem Aufsatz wird die Entstehung der indigenen Bewegung in Bolivien und ihre Entwicklung zu einem neuen sozialen und politischen Akteur untersucht. Im Zentrum stehen dabei die Fragen, welche Faktoren zum Sieg von Evo Morales bei den Präsidentschaftswahlen beigetragen haben und warum in der Vergangenheit indigene Volksparteien nicht in der Lage waren, auf nationaler Ebene Einfluss zu gewinnen. Um diese Fragen zu beantworten, wird der Entwicklung der indigenen Bewegung seit dem Übergang zur Demokratie in den frühen 80er Jahren und bis zu den Wahlen im Dezember 2005 nachgegangen. Insbesondere wird die Entstehung einer indigenen Partei und die Rolle der indigenen Bewegung während der sozialen Unruhen in den Jahren 2000 und 2003 untersucht. Dabei wird deutlich werden, dass der Erfolg der indigenen Bewegung vor allem auf ihrer Doppelstrategie beruhte: einer strikten Opposition auf der Straße und im Parlament. Weil starke Organisationen der sozialen Bewegung vor der Formierung politischer Parteien geschaffen wurden, konnte die indigene Bewegung ihre Autonomie auch in der Wahlarena behalten.

Die Politisierung der ethnischen Spaltung

Die Mobilisierung der indigenen Völker Lateinamerikas erfolgte in der Vergangenheit auf der Basis von Klassenzugehörigkeit, Religion und revolutionären Überzeugungen, die der ethnischen Zugehörigkeit entgegengesetzt waren. Als Konsequenz wurde häufig festgehalten, dass sich die ethnischen Spaltungen nur schwer politisieren lassen und dass die ethnische Zugehörigkeit nur einen vergleichsweise geringen Einfluss auf die politische Landschaft Lateinamerikas hat (Yashar 1998). Daher stellt die Entstehung starker Bewegungen, die sich auf indigene Identität und Rechte stützen, und die in so verschiedenen Ländern wie Mexiko, Guatemala, Ecuador und Bolivien auftreten, ein ganz neues Phänomen dar. Brysk (2000: 23) hat Identitätspolitik als eine explizite Anrufung charakterisiert, mit der Bewegungen und Kampagnen durch den Gebrauch von Identitätsmerkmalen als Symbolen sowie der Politisierung kultureller Praktiken eindeutig identifiziert werden können. Identitätspolitik liegt quer zu den üblichen politischen Achsen, die durch Klassen oder politische Parteien bestimmt sind, und sie stellt die Legitimation der dominanten politischen Institutionen und Regime in Frage. Auf einer solchen Grundlage haben indigene Bewegungen in einigen Ländern Lateinamerikas begonnen, die nationalen Projekte, die eine nationale Einheit durch die Assimilation der indigenen Bevölkerung erreichen wollten, zu attackieren.

Als Teil eines korporatistischen Projektes haben viele lateinamerikanische Staaten die Assimilation in die dominierende mestizische Kultur dadurch vorangetrieben, dass sie die indigene Bevölkerung als die Bauern der Nation konstituierte. Der Korporatismus diente als wichtiges Mittel, um Gruppeninteressen zu repräsentieren und politische Forderungen zu kanalisieren (Collier 1995). Die Integration der indigenen Bevölkerung, sofern sie überhaupt erfolgte, war vor allem über Landreformen vermittelt, die als fortschrittliche Maßnahmen verkauft wurden, um die indigenen Gemeinschaften von den repressiven und ausbeuterischen Formen der Kontrolle der Arbeit auf dem Lande zu befreien. Im Austausch gegen den Zugriff auf Land, Kredite und Dienstleistungen wurde von der indigenen Bevölkerung erwartet, dass sie sich selbst als Bauern definieren. Die Reformen waren insoweit erfolgreich, dass sie die indigene Bevölkerung in Kleinbauern verwandelte, die in kapitalistische Produktionsverhältnisse integriert waren (Hahn 1996). In einigen Fällen produzierten diese korporatistischen Maßnahmen den unbeabsichtigten Effekt, dass sie die indigenen Gruppen in die Lage versetzten, kommunales Land zu kontrollieren und dadurch auf einer lokalen Ebene wieder indigene kulturelle Praktiken einzuführen. Während die indigene Bevölkerung gegenüber dem Staat den Status von Bauern annahm, behielt sie jedoch innerhalb ihrer Gemeinschaften ihre indigene Identität (Yashar 1999).

Eine der unmittelbaren Folgen der Hinwendung zur neoliberalen Politik war die Schwächung der korporatistischen Institutionen in Lateinamerika (Oxhorn

1998). Der neoliberale Diskurs propagierte die Ablösung korporatistischer, auf Klassenzugehörigkeit beruhender Integration zugunsten einer auf atomisierten Individuen beruhenden Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft. In dem Maße, in dem die bäuerlichen korporatistischen Organisationen ihren sozialen und politischen Einfluss verloren haben, wurde auch die Beziehung zwischen dem Staat und den indigenen Gemeinschaften rauer (Yashar 1999). Als Antwort auf den sich wandelnden ökonomischen und politischen Kontext fand unter den indigenen Gruppen Lateinamerikas eine zunehmend Mobilisierung auf der Grundlage ethnischer Identität statt.

Aufstieg und Niedergang des *Katarismus*

In Bolivien wurde die indigene Bevölkerung als Resultat der Revolution von 1952 etwa drei Jahrzehnte früher als in den Nachbarländern als Bürger mit allgemeinem Wahlrecht in das politische System integriert. Trotz ihrer Bürgerrechte und obwohl sie die Mehrheit bildeten, litt die indigene Bevölkerung weiterhin unter Diskriminierung und politischer Manipulation (Ticona/Albó 1997: 250). In ihrer Mehrheit fühlten sie sich wie Fremde im eigenen Land. In den 60er Jahren begann eine neue Generation von Aymaras (einem vor allem in Bolivien beheimateten indigenen Volk) in La Paz zu studieren, die sich zunehmend mit der kulturellen Unterdrückung indigener Traditionen beschäftigten. Sie wurden dabei vom ersten indigenen Theoretiker Fausto Reinaga inspiriert und gründeten das Kulturzentrum „15. November“. Der Name erinnerte an das Datum der Exekution des legendären Inka-Revolutionärs Túpaj Katari im Jahre 1781 durch spanische Kolonisatoren (Ticonona 2000: 44). Die neue indigene Ideologie, die sich in dieser Periode der ethnischen Bewusstwerdung herausbildete wurde „*Katarismus*“ genannt. Sie verband marxistische Analysen mit der Forderung nach indigenen Rechten. Allerdings begann der *Katarismus* nicht mit einer Klassenallianz entlang der mestizischen Kultur, er nahm seinen Ausgangspunkt vielmehr bei einer ethnisch definierten indigenen Kultur, in welche klassenpolitische Fragen integriert wurden (Mallon 1992: 51).

Neben dem *Katarismus* entstand in dieser Periode auch noch ein weitergehender ethnizistischer Ansatz, der als „*Indianismus*“ bekannt wurde. Im Unterschied zum *Katarismus*, der eine Rekonstruktion des bolivianischen Staates entlang ethnischer Kriterien sowie ein Bündnis mit anderen politisch und sozial marginalisierten Gruppen anstrebte, war der *Indianismus* vor allem anti-westlich ausgerichtet. Ihm ging es um die Trennung von allen nicht-indigenen Elementen, Ziel war die Rekonstruktion eines Bolivien (oder Kollasuyo) der Zeit vor der spanischen Eroberung (Albó 1996; Van Cott 2005). Sowohl der *Katarismus* wie auch der *Indianismus* versuchten die bäuerlichen und gewerkschaftlichen Strukturen, die nach der Revolution von 1952 von der nationalrevolutionären Bewegung (MNR) aufgebaut wurden, für ihren Kampf zu benutzen

und explizit indigene Fragen zu thematisieren (Hurtado 1986; Ticona 2000). In den frühen 70er Jahren war der Katarismus bereits zu einer wichtigen politischen Kraft geworden. Das Tiwanaku-Manifest von 1973 gilt als der erste Versuch die kataristischen Vortellungen zu systematisieren. In dem Dokument wird die Unterdrückung indigener Kultur nicht nur als Resultat westlicher kultureller und politischer Modelle angeprangert, sondern auch als Folge der Vorstellungen des MNR und der linken politischen Parteien (Ticona/Albó 1997: 250). Anhänger des Katarismus innerhalb der von der Regierung geförderten Bauerngewerkschaften waren die ersten, die für gewerkschaftliche Autonomie und die Befreiung von der Vormundschaft der MNR und ihrer nationalistischen Ideologie eintraten. Die Entstehung der unabhängigen Bauernkonföderation CSUTCB im Jahre 1979 markiert das Ende des Paktes zwischen Militär und Bauern. Neue Formen der Interessenvertretung wurden gesucht. Die Wahlen von 1978 und 1980 schufen schließlich den Raum für die Entstehung neuer politischer Parteien, einschließlich einer vom Katarismus inspirierten (Albó 1993, 11).¹ Während die Anhänger des Indianismus die *Indianische Tupaj Katari Bewegung* (MITKA) bildeten, sammelten sich die eher klassenorientierten Fraktionen in der *Revolutionären Tupaj Katari Bewegung* (MRTK). Beide Parteien hatten bei den Wahlen aber nur geringe Erfolge. 1980 war die MITKA aufgrund persönlicher Rivalitäten bereits in zwei Flügel zerbrochen (MITKA und MITKA-1). Aber auch von der konkurrierenden MRTK spalteten sich 1985 und 1989 zwei Flügel ab. In den frühen 90er Jahren bildeten sich ohne größeren Erfolg weitere kataristische Parteien (Van Cott 2005). Obwohl es dem Katarismus gelang ethnische Themen in den politischen Mainstream einzubringen, scheiterten aufgrund des Fehlens einer einheitlichen und starken Bewegung alle Versuche der Bildung einer starken indigenen Partei. Die einzige Ausnahme bildete die von Víctor Hugo Cárdenas geführte MRTKL. In einer Wahlkoalition mit Gonzalo Sánchez de Lozada vom MNR gewann Cárdenas 1993 das Amt des Vizepräsidenten (vgl. Albó 1993 zu den Details dieser ungewöhnlichen Allianz).

Indigene Bewegungen und die Suche nach Autonomie

Die permanente Rückkehr zur Demokratie im Jahre 1982 brachte eine Periode intensiver Rivalitäten mit sich. Viele politische Parteien, insbesondere der Linken, warben aggressiv um die führenden Personen aus den Organisationen der Bauern und der Arbeiter. Diese waren in den vorangegangenen dreißig Jahren aufgrund von dessen klientelistischer und korporatistischer Praktiken eng mit dem MNR verbunden (Andolina 1999: 238). In einem Interview mit der Au-

1 Die erste indigene Partei, die Indianische Partei (PI), war in den 60er Jahren von Fausto Reina gegründet worden. Allerdings hatte diese Partei eher symbolischen als realen Charakter, sie brachte es nie zu einer wirklichen Organisation und nahm auch nicht an Wahlen teil (Ticona 2000: 44).

torin, meinte Felipe Quispe, eine der gegenwärtigen Führungspersönlichkeiten der Aymara dazu: „Wir befreiten uns vom Militär, nur um dann von der Linken gefangen zu werden“ (Interview in La Paz, 16. März 2004). Die CSUTCB z.B. stand organisatorisch den Kataristischen Parteien nahe, während ihre Führer zu selben Zeit heimlich mit den Parteien der Linken vor allem der Demokratischen Volksunion (UDP) verbunden waren (UDP) (Ströbele-Gregor 1994; Van Cott 2005). Mitte der 80er Jahre wurde die CSUTCB durch heftige Auseinandersetzungen zwischen ihren Mitgliedern erschüttert als konventionelle Parteien durch vertikale Machtbeziehungen die Kontrolle über einige ihrer Unterorganisationen erhielten.

Die Infiltration der großen zivilgesellschaftlichen Organisationen durch die Parteien gefährdete die ideologische und organisatorische Einheit der entstehenden indigenen Bewegung (Lucero 2000: 184). In einem Versuch, dieser Tendenz entgegen zu wirken, schlug die CSUTCB 1988 während ihres ersten außerordentlichen Kongresses vor, eine Versammlung der Nationalitäten einzuberufen, welche die indigenen Gemeinschaften und ihre traditionellen Strukturen landesweit zusammenfassen sollte. Die neue Versammlung sollte 1992 eingerichtet werden als Höhepunkt eines Protestmarsches gegen 500 Jahre kolonialer Herrschaft. Allerdings sorgten sowohl Auseinandersetzungen zwischen den regional und ethnisch gespaltenen indigenen Gruppen über die Frage, wer in dieser Versammlung vertreten und wie die Vertretung organisiert sein sollte, als auch die Angst von anderen instrumentalisiert zu werden dafür, dass dieses Experiment beendet wurde, noch bevor es überhaupt begonnen hatte (Ticona 2000: 140).

Während in den 90er Jahren die indigenen Organisationen des Hochlands ernsthaft nach Möglichkeiten einer autonomen Organisation suchten, begannen die indigenen Gruppen des Tieflandes sich politischen Parteien anzunähern, versuchten aber die Probleme der Kooptation und Manipulation zu vermeiden, mit denen die Hochlandorganisationen zu tun hatten. Die indigene Bevölkerung des Tieflandes hatte sich nie von der CSUTCB repräsentiert gefühlt, sie war ihnen zu gewerkschaftlich gewesen. 1982 hatten Gruppen aus dem Tiefland mit Unterstützung von NGOs ihre eigene regionale Organisation gegründet, die *Konföderation der indigenen Völker Boliviens* (CIDOB), um ihre Territorien gegen die Interessen von Ranchern zu verteidigen. Nach Lucero (2002: 160) war die CSUTCB in der Welt der politischen und sozialen Linken geboren worden, während die CIDOB von Geburt an mit der Welt der NGOs und der entwicklungspolitischen Organisationen verbunden war.² Der Staat und die meisten politischen Parteien hatten die indigenen Gruppen des Tieflandes nicht erreicht, so dass sie ihre starke ethnische Identität behalten hatten.

2 Die lokale NGO, welche die indigenen Bauern des Tieflandes unterstützte, die APCOB spielte in dieser Region seit den 70er Jahren eine zentrale Rolle bei der Finanzierung und Förderung indigener Organisationen (Yashar 2005: 201).

Vom Staat und den meisten internationalen Einrichtungen wird eher die CIDOB als die CSUTCB als die zentrale indigene Organisation in Bolivien angesehen, da sie eine explizite ethnisch-kulturelle Agenda hat. Allerdings hat eine ideologische Diffusion zwischen Hochland und Tiefland dazu geführt, dass auch die Hochlandorganisationen den Diskurs des Tieflandes über Territorien und Autonomie (statt über Land und Gleichheit) aufgenommen haben und sie ihre Agenda in Richtung indigener Probleme verschoben haben (Choque 2003: 36; Yashar 2005: 190). Seit seiner Gründung im Jahre 1997 spielt der *Nationale Rat für Ayllus und Markas* (CONAMAQ) eine zunehmend wichtiger werdende Rolle in der indigenen Bewegung des Hochlandes. Er unternimmt Anstrengungen indigene Gemeinschaften als *ayllus* unter ihren traditionellen Autoritäten den *jilaqatas* und *mallkus* wieder herzustellen (Choque/Mamani 2003: 147). Die Entstehung von CONAMAQ führte zum Vorschlag (vgl. z.B. Lucero 2002: 167) in Bolivien, gestützt auf CONAMAQ und CIDOB, eine landesweite indigene Organisation zu gründen, etwa analog zur Konföderation indigener Völker Ecuadors (CONAIE). Obgleich es für einen solchen Vorschlag noch zu früh sein mag, zeigen jüngste Entwicklungen doch die Möglichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen CONAMAQ und CIDOB. So arbeiten beide Organisationen gemeinsam als Berater im neu geschaffenen Ministerium für indianische Angelegenheiten zusammen (MAIPO 2004).

Die erneute Entstehung indigener Parteien

Das 1994 in Kraft getretene Gesetz über die Partizipation des Volkes (LPP) und die damit verbundene Dezentralisierung auf kommunaler Ebene brachte die indigenen Führungspersonlichkeiten dazu, erneut über die Gründung eigener Wahlorganisationen nachzudenken (Mayorga 2005: 66; Van Cott 2003: 14-15). Das LPP war eines von mehreren Gesetzesvorhaben, die unter der Koalitionsregierung von Präsident Lozada (MNR) und Vizepräsident Cárdenas (MRTKL) dazu dienen sollten, unter dem Mantel eines multikulturellen Staates die indigenen Völker in das politische und ökonomische Leben des Landes zu integrieren 1997 (Lucero 2002, 174-175; MACPIO 2000, 98-102). Außer der erstmaligen Einführung von direkten Kommunalwahlen, wurde durch das Gesetz auch den traditionellen Organisationsformen, bei denen die indigene Bevölkerung ihre eigene Verwaltung bestimmt, unter der Bezeichnung territoriale Basisorganisationen (OTB) ein legaler Status zugesprochen (Ticona/Albó 1997: 280; Van Cott 2003: 21). Eine der ersten Gruppen, die Vorteile aus der neuen Wahlgesetzgebung zogen, war die Bewegung der Kokabauern der Region Chapere im Hochlanddepartment von Cochabamba. Der Zusammenbruch von Boliviens Zinnindustrie Mitte der 80er Jahre führte dazu, dass viele ehemalige Minenarbeiter in Chapere mit dem Kokaanbau begannen, was ein gutes Einkommen versprach (Crabtree/Duffy/Pearce 1987). Der Radikalismus, für den die Minenarbeiter

bekannt waren, fand auch schnell Eingang in die starke und gut organisierte Bewegung der Kokabauern, die vor allem aus Ketchua Indianern bestand. Gegen die von den USA durchgesetzten Zerstörungen der Kokafelder verteidigten die Bauern den Kokaanbau als Teil der indigenen Kultur und Tradition (Yas-har 2005, 185).³ In den 90er Jahren war der unbestrittene Führer der Koka-bauern, der langjährige indigene Gewerkschaftsaktivist Evo Morales. 1995 beschloss die Bewegung als *Versammlung für die Souveränität der Völker* (ASP) zu den Kommunalwahlen anzutreten. Da es Probleme mit der Registrierung gab, trat die ASP unter dem Dach der Vereinigten Linken (IU) an und gewann bei den Kommunalwahlen 1995 eine Reihe von Bürgermeisterämtern und zahlreiche Gemeinderatssitze. Bei den nationalen Wahlen 1997 erreichte die ASP 3,7 % der gesamten Stimmen (Romero 2003; Van Cott 2005).

Im Jahre 1999 verließen Evo Morales und seine Anhänger aufgrund von Spannungen mit Alejo Véliz, einem rivalisierenden Parteiführer, die ASP, um eine neue und letztlich erfolgreichere Partei zu gründen, die *Bewegung für den Sozialismus – Politisches Instrument für die Souveränität der Völker* (MAS-IPSP) (Van Cott 2005). Die MAS sollte als politischer Hebel für soziale Bewegungen dienen, sie orientierte sich sowohl an den Belangen der Arbeiter und Arbeiterinnen als auch an denen der indigenen Bevölkerung (Mayorga 2005: 65).

Die MAS vertritt eine Mischung aus traditionell indigenen Vorstellungen, Marxismus, Che-Guevara-Ideen und Ideen aus der Befreiungstheologie (so der MAS Vertreter Ivan Morales in einem am 17. Februar 2004 von der Autorin geführten Interview). Das Programm der Partei richtet sich auf die Konstruktion eines neuen Boliviens, das auf der Identität, den Werten und dem Weltbild seiner indigenen Bevölkerung beruht. Unter anderem fordert die MAS die Verstaatlichung der großen Industrie, die Selbstverwaltung der Betriebe durch die Arbeiter und Arbeiterinnen, das Ende der Zerstörung der Kokafelder und die Landverteilung an indigene und bäuerliche Gemeinschaften (MAS 2001).

Boliviens andere indigene Partei, die *Indigene Pachakuti Bewegung* (MIP) entstand ebenfalls in den 90er Jahren. Der MIP Führer Felipe Quispe, bekannt als ‚El Mallku‘ (der Kondor), ist einer der aktivsten Anhänger des Indianismus (Sanjinés 2002). Quispe war in den späten 70er Jahren Generalsekretär der indianistischen Partei MITKA. Nach dem Ende dieser Partei verschrieb sich Quispe dem bewaffneten Widerstand und gründete 1989 die Tupaj Katarj Guerilla Bewegung (EGTK). 1992 wurde er gefangen genommen und verbrachte fünf Jahre im Gefängnis (*Democracia Representación* 2004: 10). 1998 wurde er zum Sekretär der CSUTCB gewählt, in der sich damals Evo Morales und Alejo Véliz als konkurrierende Führungspersonen gegenüber standen. Dies

3 Der Kokaanbau hat in Bolivien eine jahrhundertelange Tradition. Die Kokapflanze wird von den indigenen Völkern als heilig betrachtet, sie wird für religiöse Zeremonien und im Hochland auch im Alltag als Mittel gegen Hunger und zur Linderung von Krankheiten eingesetzt.

konnte Quispe ausnutzen, seine eigene Position festigen und die CSUTCB in eine etwas radikalere Richtung drängen (Van Cott 2005).⁴ Allerdings führte Quispes autoritärer Führungsstil bald zur Entfremdung von einem großen Teil der bäuerlichen Aktivisten, aus dem Umfeld von Evo Morales und der MAS. Im Jahre 2001 wählten die Dissidenten aus der CSUTCB auf einem nicht autorisierten Kongress Román Loayza als Sekretär (Laserna 2002, 23; *La Razón* 2003). Obwohl Quispe als legitimer Führer CSUTCB anerkannt ist, haben die internen Konflikte die Effektivität der Organisation erheblich beeinträchtigt. Im November 2000 kündigte Quispe auf den alten Ruinen von Tiwanaku die Gründung einer neuen Partei an, der Indigenen Pachakuti Bewegung (MIP), die ausschließlich die Interessen der indigenen Bevölkerung des Landes repräsentieren sollte. Quispe zufolge war die Entscheidung am Wahlprozess teilzunehmen die Forderung der Basis, während er selbst die bewaffnete Revolution vorgezogen hätte, welche eher auf der Linie seiner Vorfahren gelegen hätte (so äußerte er sich in einem von der Autorin am 16. März 2004 in La Paz geführten Interview). In der von Quispe bei der Parteigründung gehaltenen Ansprache hieß es (Polémica 2001: 61):

„Hier und heute setzen wir ein Ende, wir folgen nicht mehr den politischen Parteien der Weißen, wir hören für immer damit auf, Aktivisten und Anhänger der Parteien der Weißen zu sein ... und deshalb haben wir die *Indigene Pachakuti Bewegung* geschaffen, dies wird unser politisches Instrument sein. Mit diesem Instrument werden wir kämpfen und siegen, mit diesem Instrument werden wir Kollasuyo regieren.“

Damit war die MIP eine der wenigen indigenen Parteien Lateinamerikas, die einen Staat innerhalb des Staates für die indigene Bevölkerung forderte.

Proteste und Konzepte

Die indigene Bewegung Boliviens war ein Instrument, um unpopuläre ökonomische Reformen zu blockieren. Sie organisierte landesweite Aktionen, die diesem Ziel dienten. Der siegreiche „Wasserkrieg“ im Jahr 2000 war die erste in einer Serie von zivilgesellschaftlichen Erhebungen, die schließlich einen Bruch innerhalb des politischen Systems hervorriefen, der letztlich die Tür dafür öffnete, dass in Bolivien zum ersten Mal ein Indigener zum Präsidenten gewählt wurde (Bonifaz 2004: 15). Das Epizentrum des bolivianischen Wasserkrieges war die Stadt Cochabamba, wo sich ein ganzer Zyklus von Protestaktivitäten daran entzündete, dass die städtischen Wasserwerke an Aguas del Tunari verkauft wurde, ein multinationales Konsortium, das von der großen kalifornischen Technologiefirma Bechtel kontrolliert wurde. Bereits einige Wochen nach der Privatisierung hatten sich in einigen Fällen in Cochabamba

4 So organisierten Quispe und die CSUTCB im September 2000 Protestaktionen, die Straßenblockaden und landesweite Demonstrationen umfassten und die Regierung schließlich zu einer Reihe von Zugeständnissen zwang (vgl. Laserna 2002).

die Wasserpreise um 300 % erhöht (Schultz 2000: 44). Die öffentliche Entrüstung über die völlig unverantwortlichen Regelungen, die mit dieser Privatisierung einher gingen, verbreitete sich rasch auch in anderen Teilen des Landes. Zivilgesellschaftliche Gruppen in ganz Bolivien begannen nicht nur gegen die Wasserpolitik zu protestieren, sondern auch gegen die allgemeine Richtung der ökonomischen Politik der Regierung. Angesichts einer massiven sozialen Revolte löste die Regierung von Hugo Banzer im April 2000 den Vertrag mit Aguas del Tunari.⁵ Die Renationalisierung von Cochabambas Wassersystem und die Änderung des Gesetzes Nr. 2029 über Trinkwasser und grundlegende sanitäre Anlagen stellen ein Schlüsselereignis in der Evolution des landesweiten Protestes dar (Laserna 2002: 15). Der bolivianische Wasserkrieg zeigte wie schwach der Staatsapparat gegenüber dem organisierten Protest der Zivilgesellschaft war.

Wie beeindruckend die Resultate des bolivianischen „Wasserkrieges“ auch sein mögen, zumindest dem Umfang nach wurde er vom „Gaskrieg“ übertroffen, der im Oktober 2003 stattfand und der zum Rücktritt von Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada führte. Die Unruhen, die 59 Zivilpersonen das Leben kosteten, zeigen die Erschöpfung des neoliberalen Modells an, das in Bolivien seit 1985 am Werke war (Suárez 2003: 15). Der unmittelbare Anlass der Krise war die Entscheidung der Regierung Gas über Chile an die USA zu verkaufen. Das Thema Gas mag der auslösende Faktor der Unruhen gewesen sein, den massiven Protesten lagen aber andere Faktoren zugrunde: die enormen sozialen Kosten der orthodoxen neoliberalen Politik, die Kontrolle strategischer Sektoren der Wirtschaft durch das transnationale Kapital und der Legitimationsverlust der demokratischen Institutionen des Landes (Bonifaz 2004: 8). Die Krise machte deutlich, dass die politische Klasse überhaupt nicht mehr mit der Zivilgesellschaft verbunden war. Das Ansehen der traditionellen politischen Parteien Boliviens, des MNR, der ADN und des MIR, die sich seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahre 1982 an der Regierung ablösten, war durch ihr eigennütziges Verhalten und ihr Desinteresse an den nationalen Belangen in einer nicht wieder gut zu machenden Weise beschädigt worden (Albó 2004: 64). Somit halfen die Ereignisse vom Oktober 2003, die Oppositionsparteien MIP und MAS ins nationale Rampenlicht zu rücken.

Die historischen Wahlen von 2005

Am 18. Dezember 2005 machte Evo Morales Geschichte: Als Kandidat der Bewegung für den Sozialismus (MAS) wurde er mit 53,7 % der Stimmen zum ersten indigenen Präsidenten gewählt. Dieser Höhepunkt in der Geschichte der indigenen Bewegung Boliviens kündigte sich bereits durch die Erfolge in-

5 Daraufhin verklagte Bechtel beim Handelsgerichtshof der Weltbank Bolivien auf 50 Millionen Dollar Schadenersatz. Allerdings ließ Bechtel diese Klage nach massiven internationalen Druck am 19. Januar 2006 fallen (Shultz 2006).

digener Parteien bei den nationalen Wahlen von 2002 an. Diese Wahlen machten die ethnisch-kulturellen Spannungen in der bolivianischen Zivilgesellschaft wie auch innerhalb der politischen Klasse deutlich, die seit dem Übergang zur Demokratie mehr oder weniger verdeckt gewesen waren (Mayorga 2005, 64). Die MAS und die MIP brachten nicht nur eine ethnische Spaltung zum Ausdruck, sie führten auch zu einer klaren Trennung zwischen denen, die das neoliberale Modell unterstützten und denen, die es ablehnten. Die seit 2002 gewonnene Stärke der MAS veränderte die politische Geographie des Landes (Mayorga 2005: 68). Obwohl die MIP im Vergleich zur MAS viel schlechter abschnitt, waren ihre Ergebnisse bei den Wahlen 2002 erheblich besser als die von allen „indianistischen“ Parteien in sämtlichen Wahlen zuvor. Bei den Wahlen im Dezember 2005 gewann der MIP allerdings nur 2,2 % der Stimmen, so dass die Zukunft der Partei unklar ist.

Als Folge davon, dass sich Boliviens indigene Bewegungen auf die Teilnahme an Wahlen eingelassen haben, ist das gegenwärtige Parlament das ethnisch und sozioökonomisch heterogenste in der Geschichte des Landes. Zum ersten Mal seit langer Zeit sind Politiker wieder direkt mit sozialen Bewegungen und ihren Organisationen verbunden. Vertreter der MAS sind zugleich Gewerkschaftsführer, die weiterhin an Streiks, Blockaden und Protestmärschen beteiligt sind. Zusätzlich zur Teilnahme an den Kämpfen außerhalb des Parlaments haben die Vertreter der indigenen Parteien die Taktiken der sozialen Bewegungen auch in das Parlament eingeführt, indem sie an Hungerstreiks teilnehmen und zu Demonstrationen aufrufen, wenn ihre politischen Projekte niedergestimmt werden. Die bislang vernachlässigten Belange der Bevölkerung werden dadurch auf die Tagesordnung des politischen Systems gesetzt. Damit entsteht die Möglichkeit, dass die Regierung endlich auf die Bedürfnisse der bisher marginalisierten Gruppen eingeht und sich deren Anteil am demokratischen Prozess verbessert.

Fazit

Indigene Bewegungen gewinnen in den lateinamerikanischen Demokratien eine zunehmende Bedeutung. Sie organisierten landesweite Streiks und Proteste, und blockierten unpopuläre ökonomische Reformen, sie stürzten korrupte Politiker und in einigen Fällen haben sie ihre eigenen politischen Parteien gegründet, die darauf abzielen, die Macht innerhalb des Staates zu erlangen. Die indigene Bewegung Boliviens entstand in den 1980er Jahren mit einer stark oppositionellen Ausrichtung. Ohne gut organisierte und autonome indigene Bewegungen wären die „kataristischen“ Parteien, die beim Übergang zur Demokratie entstanden sind, sehr schnell untergegangen. Die Kooptation und Manipulation der indigenen Bewegungen, die in den 1980er vor allem von Seiten der oppositionellen Linken stattfand, schränkte allerdings die Möglichkeiten von einheitlichen Aktionen und die Fähigkeit der indigenen Organisa-

tionen ihre eigenen politischen Konzepte zu entwickeln, erheblich ein. In dieser Zeit war die indigene Bewegung in zwei Flügel gespalten: einen, der eher revolutionäre, auf der Klassenstruktur beruhende Vorstellungen hatte und einen, der eine stärker ethnizistische Ideologie vertrat.

Der Erfolg, den die indigenen Parteien seit den späten 1990er Jahren hatten, verdankte sich zu einem großen Teil der organisatorischen und ideologischen Autonomie, welche die indigenen Bewegungen inzwischen gewonnen hatten sowie deren Fähigkeit unterschiedliche Teile der Bevölkerung im Kampf gegen den Neoliberalismus zu vereinen, indem Forderungen und Ansprüche, die auf Klassenpositionen beruhten, mit solchen kombiniert wurden, die eine ethnische Grundlage hatten. Was jedoch einmal das Vermächtnis des ersten indigenen Präsidenten Lateinamerikas sein wird, ist heute noch ungewiss.

Aus dem Englischen übersetzt von Michael Heinrich

Literatur

- Albó, Xavier (2004): 222 Años Después: La Convulsionada Bolivia Multiétnica. *Artículo Primero: Revista de Debate Social y Jurídico*, No. 16, S. 39-67.
- Albó, Xavier (1996): Nación de Muchas Naciones: Nuevas Corrientes Políticas en Bolivia, in: González Casanova, P. and M. Roitman Rosenmann (eds.), *Democracia y Estado Multiétnico en América Latina*. Mexico City: UNAM, S. 321-366.
- Albó, Xavier (1993): *...Y de Kataristas a MNRistas? La Sorprendente y Audaz Alianza entre Aymaras y Neoliberales en Bolivia*. La Paz: CEDOIN/UNITAS.
- Andolina, Robert (1999): *Colonial Legacies and Plurinational Imaginaries: Indigenous Movement Politics in Ecuador and Bolivia*. Ph.D. Dissertation, Department of Political Science, University of Minnesota.
- Baño, Rodrigo (1993): Socioeconomic Structure and Collective Behavior. *CEPAL Review*, Vol. 50, S. 181-199.
- Bonifaz Romero, Carlos (2004): Editorial. *Artículo Primero: Revista de Debate Social y Jurídico*, No. 16, S. 7-10.
- Bonifaz Romero, Carlos (2004): Las Jornadas de Octubre: Levantamiento Popular en Bolivia. *Artículo Primero: Revista de Debate Social y Jurídico*, No. 16, S. 13-38.
- Brysk, Alison (2000): *From Tribal Village to Global Village: Indian Rights and International Relations in Latin America*. Stanford: Stanford University Press.
- Choque, María Eugenia; Mamani, Carlos (2003): Reconstitución del *Ayllu* y Derechos de los Pueblos Indígenas: El Movimiento Indio en los Andes de Bolivia, in: Ticona, E. (ed.), *Los Andes Desde Los Andes*. La Paz: Ediciones Yachaywasi, S. 147-170.
- Choque Canqui, Roberto (2003): La Historia Aimara, in: Ticona, E. (ed.), *Los Andes Desde Los Andes*. La Paz: Ediciones Yachaywasi, S. 15-38.
- Collier, David (1995): Trajectory of a Concept: 'Corporatism' in the Study of Latin American Politics, in: Smith, P.H. (ed.), *Latin America in Comparative Perspective: New Approaches to Methods and Analysis*. Boulder: Westview Press, S. 135-162.
- Crabtree, John; Gavin Duffy; Pearce, Jenny (1987): *The Great Tin Crash: Bolivia and the World Tin Market*. London: Latin America Bureau.
- Democracia Representación* (2004): Felipe Quispe Huanca, Alma de Luchador. La Paz, Cámara de Diputados, January 16-30, S. 10.
- Hahn, Dwight (1996): The Use and Abuse of Ethnicity: The Case of the Bolivian CSUTCB. *Latin American Perspectives*, Vol. 23, No. 2, S. 91-106.
- Hurtado, Javier (1986): *El Katarismo*. La Paz: Instituto de Historia Social Boliviana.
- La Razón* (2003): La CSUTCB Paralela Presentó Su Propio Pliego al Gobierno. 11. Nov., S. 1.

- Laserna, Roberto (2002): Conflictos Sociales y Movimientos Políticos en Bolivia, in: Veneros, M.L. (ed.), *Las Piedras en el Camino: Movimientos Sociales del 2000 en Bolivia*. La Paz: Ministerio de Desarrollo Sostenible y Planificación, S. 7-38.
- Lucero, José Antonio (2002): *Arts of Unification: Political Representation and Indigenous Movements in Bolivia and Ecuador*. Ph.D. Dissertation, Department of Politics, Princeton University.
- MACPIO (2000): *Compendio de Legislación Indígena*. La Paz: Ministerio de Asuntos Campesinos, Pueblos Indígenas y Originarios.
- MAIPO (2004): *Boletín Informativo: Inclusión Social con Identidad Pluricultural*. La Paz: Ministerio de Asuntos Indígenas y Pueblos Originarios, No. 1.
- Mallon, Florencia (1992): Indian Communities, Political Cultures and the State in Latin America, 1780-1990. *Journal of Latin American Studies*, Vol. 24, S. 35-53.
- MAS (2001): *MAS Congreso Nacional: Programa de Gobierno*. La Paz: Movimiento Al Socialismo.
- Mayorga, René Antonio (2005): La Crisis del Sistema de Partidos Políticos en Bolivia: Causas y Consecuencias. *Canadian Journal of Latin American and Caribbean Studies*, Vol. 30, No. 59, S. 55-92.
- Murillo, Maria Victoria (2001): *Labor Unions, Partisan Coalitions, and Market Reform in Latin America*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Oxhorn, Philip; Ducatenzeiler, Graciela (1999): The Problematic Relationship between Economic and Political Liberalization: Some Theoretical Considerations, in: Oxhorn, P.; Starr, P.K. (eds.), *Markets and Democracy in Latin America: Conflict or Convergence?* Boulder: Lynne Rienner, S. 13-42.
- Oxhorn, Philip (1998): Is the Century of Corporatism Over? Neoliberalism and the Rise of Neopluralism, in: Oxhorn, P.; Ducatenzeiler, G. (eds.), *What Kind of Democracy? What Kind of Market? Latin America in the Age of Neoliberalism*. University Park: Pennsylvania State University Press, S. 195-217.
- Polémica* (2001): Discurso de Felipe Quispe Huanca, Fundación del Instrumento Político. La Paz: Movimiento Cultural 'Qullana', No. 1.
- Roberts, Kenneth M. (1996): Economic Crisis and the Demise of the Legal Left in Peru. *Comparative Politics*, Vol. 29, No. 1, S. 69-92.
- Romero Ballivián, Salvador (2003): *Geografía Electoral de Bolivia*. La Paz: FUNDEMOS.
- Sanjinés, Javier (2002): Mestizaje Cabeza Abajo: La Pedagogía al Revés de Felipe Quispe, 'El Malku,' in: Walsh, C. et al. (eds.), *Indisciplinar las Ciencias Sociales*. Quito: Universidad Andina Simón Bolívar, S. 135-155.
- Schultz, Jim (2006): Bechtel Vs. Bolivia: The People Win! *The Democracy Center On-Line*, Vol. 69, 55.
- Schultz, Jim (2000): Bolivians Win Anti-Privatization Battle. *NACLA Report on the Americas*, Vol. 33, No. 6, S. 44-46.
- Ströbele-Gregor, Juliana (1994): From *Indio* to Mestizo to *Indio*: New Indianist Movements in Bolivia. *Latin American Perspectives*, Vol. 21, No. 2, S. 106-123.
- Suárez, Hugo José (2003): *Una Semana Fundamental: 10-18 Octubre 2003*. La Paz: Muela del Diablo.
- Ticona Alejo, Esteban (2000): *Organización y Liderazgo Aymara: La Experiencia Indígena en la Política Boliviana, 1979-1996*. La Paz: Universidad de la Cordillera.
- Ticona Alejo, Esteban; Albó Corrons, Xavier (1997): *Jesús de Machaqa: La Marka Rebelde*. La Paz: CIPCA/CEDOIN.
- Van Cott, Donna Lee (2005): *From Movements to Parties in Latin America: The Evolution of Ethnic Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Van Cott, Donna Lee (2003): Institutional Change and Ethnic Parties in South America. *Latin American Politics and Society*, Vol. 45, No. 2, S. 1-39.
- Yashar, Deborah J. (2005): *Contesting Citizenship in Latin America: The Rise of Indigenous Movements and the Postliberal Challenge*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Yashar, Deborah J. (1999): Democracy, Indigenous Movements, and the Postliberal Challenge in Latin America. *World Politics*, Vol. 52, No. 1, S. 76-104.
- Yashar, Deborah J. (1998): Contesting Citizenship: Indigenous Movements and Democracy in Latin America. *Comparative Politics*, Vol. 31, No. 1, S. 23-42.